

Zur Klima- und Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung

Wirtschaftswende zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seit über einem halben Jahr ist die schwarz-rote Bundesregierung im Amt – und sie regiert inmitten multipler Krisen: Klimawandel, Krieg in Europa, geoökonomische Spannungen. Gleichzeitig erstarken autoritäre Kräfte, die eine sozial-ökologische Transformation ablehnen. Der Versuch, mit Wirtschaftswachstum auf diese Krisen zu reagieren, stößt dabei an Grenzen.

Von David J. Petersen und Economists for Future e. V.

Als *Economists for Future* haben wir die Bundestagswahl zum Anlass genommen, ein Bewertungsraster für wirtschaftspolitische Programme zu entwickeln. Dabei haben wir fünf Säulen einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik identifiziert: (a) staatliche Finanzen, (b) Markt- & Industriepolitik, (c) Versorgungsökonomie & soziale Grundlagen, (d) Non-Profit-Ökonomie & Zivilgesellschaft sowie (e) ökologische Grundlagen.

Unser Ziel ist es, klassische ökonomische Fragestellungen mit bislang unterbelichteten Aspekten wie Care-Arbeit, Gemeinwohlorientierung oder Klimarechtigkeit zu verbinden und so einen Rahmen für die Debatte über zukunftsfähige Wirtschaftspolitik zu schaffen. Mit diesem Raster im Blick lässt sich auch betrachten, was die neue Bundesregierung bislang auf den Weg gebracht hat.

Von Aufbruch keine Spur? Eine Zwischenbilanz

Schon in unserer Analyse der Wahlprogramme zeigte sich: CDU und SPD präsentierten sich weitgehend mutlos und ohne konkrete Ideen für zentrale Transformationsfelder. Auch der Koalitionsvertrag blieb vage.

Immerhin: Das Sondervermögen in Form des Klima- und Transformationsfonds ist ein Schritt mit Realitätssinn. Gleichzeitig droht jedoch eine Zweckentfremdung seiner Mittel, etwa durch die

Finanzierung der Gasspeicherumlage – faktisch eine Subvention fossiler Infrastruktur. Offen bleibt auch, ob die Schuldenbremse reformiert wird; eine eingesetzte Expertenkommission soll noch in diesem Jahr Vorschläge vorlegen. Eine ernsthafte Debatte über sozial-ökologische Fiskalpolitik oder den Abbau umweltschädlicher Subventionen ist bislang nicht erkennbar.

Auch in der Markt- und Industriepolitik dominiert reaktives statt strategisches Handeln: CCS-Technologien werden als Zukunftsversprechen verkauft, während bestehende Nachhaltigkeitsansätze geschwächt werden. Früh zeigte sich diese Haltung im Streit um das Lieferketten- wie auch in dem um das Gebäudeenergiegesetz. Statt Planungssicherheit zu schaffen, verweist Wirtschaftsministerin Reiche auf den Markt, als sei Wirtschaft ein Naturgesetz.

Zwar bekräftigt der Koalitionsvertrag Klimaneutralität bis 2045, doch Aussagen von Kanzler Merz und der Wirtschaftsministerin relativieren die Verantwortung Deutschlands und untergraben damit auch politische Glaubwürdigkeit. Die Prioritätensetzung fällt entsprechend widersprüchlich aus: Anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien entschlossen voranzutreiben, wird suggeriert, die Energiewende sei zu teuer. De facto werden jedoch fossile Lösungen gestärkt – ein Kurs, der ökologisch fatal und mit erheblich höheren volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein

dürfte. Statt Klimaschutz als Leitprinzip zu begreifen, das eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung sichern und existenzbedrohenden Krisen vorbeugen kann, wird er also zu einem bloßen technischen Add-on degradiert.

All das steht im Kontrast zu dem von der Regierung selbst formulierten Anspruch auf Stabilität und Verlässlichkeit – gerade gegenüber Unternehmen und Haushalten, die längst in Nachhaltigkeit investieren. Zugleich fehlt eine Debatte über Zumutungen, verstanden als faire Verteilung von Lasten und Nutzen. Eine solche Debatte setzt jedoch auch voraus, dass soziale Sicherheit garantiert wird – weil erst dann sich Grenzen des Zumutbaren sinnvoll diskutieren lassen.

Besonders deutlich wird dies in der Tabuisierung zentraler Fragen der Steuerpolitik: Die Union blockiert jede Debatte über vermögensbezogene Steuerinstrumente, während die Forderungen der SPD eher symbolisch und vage bleiben. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage, warum und in welchem Maß Vermögen begrenzt werden sollte, fehlt – ebenso wie die Reflexion eines normativen Referenzpunktes: Welches Maß an Vermögensungleichheit gilt eigentlich als gesellschaftlich akzeptabel? Stattdessen dominiert ein Kurs der Umverteilung von „unten nach oben“, etwa durch steuerliche Vergünstigungen und Entlastungen für Unternehmen und Spartenverdiener*innen. An die Stelle fairer Zumutungen tritt für die Mehrheit eine Politik des Sozialstaatsabbaus – bis hin zur Androhung von Total sanktionen für jene, die ohnehin kaum über die Runden kommen. Diese gravierende Leerstelle öffnet autoritären Kräften Raum, weil sie Ängste vor Kontrollverlust befeuert.

Von der Politik der kurzen Frist zur nachhaltigen Stabilität

Die Schlaglichter zeigen ein Muster: Die Regierung agiert reaktiv statt transformativ. Der Preis dafür dürfte hoch sein: ein wachsendes Vertrauensdefi-

zit in die nötige Transformation und die zunehmende Gefahr, dass Wandel später umso radikaler nötig sein wird und chaotischer sowie sozial ungerechter erfolgen könnte.

In Ermangelung einer großen Fortschrittserzählung könnte daher womöglich das Leitbild der Resilienz ein Anknüpfungspunkt für Verständigung im demokratischen Spektrum bieten. Resilienz bedeutet mehr als Krisenfestigkeit – es geht darum, ökonomische und demokratische Grundlagen aktiv zu sichern. Darin könnte auch die Chance für eine Wirtschaftswende liegen, die Zukunftsfähigkeit mit einem neuen Verständnis von Solidität verbindet: nicht haushaltspolitisch enggeführt, sondern auf sozialen und ökologischen Fundamenten verankert.

Dies richtet zugleich den Blick auf etwas, das häufig übersehen wird: Versorgungsökonomien und der Non-Profit-Sektor sind schon heute tragende Säulen gesellschaftlicher Resilienz. Von der (Freiwilligen) Feuerwehr über Care-Infrastrukturen bis hin zu NGOs – viele dieser Akteure sichern schon heute alltägliche Versorgung oder stoßen gar Innovation an. Eine Wirtschaftspolitik, die diese Bereiche ernst nimmt, würde die Transformation nicht länger als reine Markt- oder Staatsaufgabe begreifen, sondern als gesamtgesellschaftliches Projekt. Dafür braucht es jedoch auch mehr Ökonominnen, die verkürzte Wachstums- und Wettbewerbslogiken hinter sich lassen. In Politikberatung wie in öffentlicher Debatte gälte es, eine umfassend verstandene Wirtschaftswende einzufordern.

Fazit: Wirtschaftswende – Rhetorik oder Neuausrichtung?

Die Ankündigung einer „Wirtschaftswende“ suggeriert einen klaren Kurswechsel. Substanziell wird sie jedoch nur, wenn sie über Rhetorik hinausgeht und dabei soziale wie ökologische Versprechen nicht zu Placebo-Politik verkommen – andernfalls droht sie im reaktionären Aktionismus zu enden.

Tragfähig wird sie vor allem dann, wenn es gelingt, soziale und ökologische Notwendigkeiten zusammenzudenken und die große Breite wirtschaftlicher Sphären zu berücksichtigen. Daher sind dringend mehr konkrete Übersetzungen für die Praxis einer zukunftsähigen Wirtschaftspolitik gefragt, damit diese Wende nicht in theoretischer Konsequenzlosigkeit verharrt.

Genau dafür engagieren wir uns bei Economists for Future. Unser Bewertungs raster verstehen wir als Impuls, den Blick auf Wirtschaft zu weiten – und eine Debatte einzufordern, die substanziell in die Tiefe geht und Ansätze für eine zukunftsähige Wirtschaft ernsthaft verhandelt.

Literatur

Bewertung der wirtschaftspolitischen Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2025, siehe www.econ4future.de/bundestagswahl-2025

Anmerkung

Der Text ist aus der Arbeit der AG Wirtschaftspolitik bei Economists for Future e. V. hervorgegangen.

Klimaschutz braucht soziale Gerechtigkeit



»Klimaschutz ist Klassenkampf – wir brauchen radikale Veränderungen!«

Lisa Poettinger



Lisa Poettinger
Klimakollaps und soziale Kämpfe

228 Seiten, Broschur, vierfarbig mit Illustrationen, 18 Euro
ISBN 978-3-98726-148-0
Auch als eBook erhältlich

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de.

/III oekom

Die guten Seiten der Zukunft